

Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau Deutsch-deutsche Herausforderungen an die Gewerkschaften*

Prof. Dr. Burkart Lutz, geb. 1925 in München, war bis 1990 Geschäftsführender Direktor des Institutes für Sozialwissenschaftliche Forschung in München.

I.

Es ist nicht ohne Ironie der Geschichte, daß der reale Sozialismus in einem Augenblick zusammenbricht, in dem der Westen, das unerreichbare, erdrückende Vorbild, sich selber in einer durchaus krisenhaften Konstellation befindet. Deshalb sei behauptet, daß sowohl die offenkundig hochgradig mißratende Wiedervereinigung als auch das Mißlingen aller bisherigen Versuche, den anderen, mit noch viele größeren ökonomischen Problemen belasteten Ländern des ehemaligen realen Sozialismus bei ihrem Neuanfang zu helfen, nicht vorrangig mit den Verhältnissen zu erklären (und zu entschuldigen) ist, die sich im Osten in den letzten vier beziehungsweise sieben Jahrzehnten herausgebildet haben - so schlimm und ineffizient diese auch gewesen sein mochten. Entscheidend sind nicht die Befindlichkeit der Menschen im Osten, diesseits und jenseits der Oder-Neiße-Linie, nicht der geradezu archaische Zustand der Ökonomie im Osten. Das Mißraten aller Politik, die bisher in Richtung auf den Osten und die ehemaligen Gesellschaften des realen Sozialismus unternommen wurde, verweist vielmehr nach meiner Überzeugung in erster Linie auf Strukturprobleme des Westens. Das ist meine erste, hoffentlich einigermaßen provozierende These.

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus und damit auch die deutsche Wiedervereinigung - die nicht von den Bürgerbewegungen und den Oppositionellen in der DDR erkämpft wurde, sondern die sozusagen ein Abfallprodukt des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums war - ereignen sich zu einer Zeit, in der eine Wachstums- und Prosperitätskonstellation, die zunächst Amerika, dann Europa und den Fernen Osten jeweils über Jahrzehnte hinweg getragen hat, weltweit an ihre Grenzen gestoßen ist, und in der offenkundig wird, welche katastrophalen Folgen jeder Versuch nach sich ziehen muß, diese Grenzen gewissermaßen gewaltsam weiter hinauszuschieben - etwa durch die in den Vereinigten Staaten von Amerika in den achtziger Jahren entgegen aller konservativen Ideologie betriebene radikale Ausweitung keynesianischer Nachfragepolitik.

* Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags auf der Fachtagung 'Gespaltene Gesellschaften - Gemeinsame Zukunft', 4. - 5. Dezember 1992 in Berlin

Die Prosperität der Nachkriegszeit, der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre, war vermutlich die letzte historische Phase entwickelter Industriegesellschaften, in der sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf so etwas wie auf ökonomische Naturgesetze und auf einen hohen Grad an Selbststabilisierungsfähigkeit verlassen konnten. Wir sind inzwischen offenkundig am Ende einer historischen Konstellation angelangt, die es vielleicht noch gerechtfertigt hat, unsere Gesellschaften primär als marktgesteuert zu sehen und bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme in erster Linie auf marktinduziertes Wachstum zu vertrauen. Es ist die Einsicht - die im übrigen auf eine merkwürdige Weise spiegelbildlich Rechten wie Linken gleichermaßen schwerfällt — unvermeidbar, daß sich in unserer Gesellschaft seit der Mitte dieses Jahrhunderts tiefgreifende Veränderungen vollzogen haben, die mit den verfügbaren konzeptionellen Instrumenten konservativer und kritisch-linker Orientierung nicht adäquat erfaßbar sind, und daß das Fehlen einer zureichenden begrifflichen Abbildung der realen Verhältnisse selbst wesentlicher Bestandteil der Strukturprobleme unserer Gesellschaft ist. Wir leben, wie immer man die traditionellen, im 19. Jahrhundert entwickelten Deutungsschemen interpretieren mag, nicht mehr in Verhältnissen, die man zureichend mit Theorien von Marktwirtschaft oder Kapitalismus beschreiben und erklären kann. Wir leben vielmehr in einer merkwürdig transitorischen Gesellschaft, in der sich zahlreiche Elemente von marktwirtschaftlicher Steuerung, von kapitalistischer Produktion und Reproduktion erhalten haben, manche sogar in einer überspitzten Form, so wie dies in einem „natürhchen“ Kapitalismus nie möglich wäre, in der es zwar Märkte gibt, in der aber diese Märkte zu einem wesentlichen Teil selbst Ergebnisse politischer Aktivitäten, politischer Entscheidungen, politischer Normierung sind, und die in einem weit stärkerem Maße von einer wechselseitigen Durchdringung von Ökonomie und Politik gekennzeichnet ist, als alle gegenwärtig zirkulierenden Deutungsschemata und Theorien dieses nachzuvollziehen vermögen.

Die entscheidende Ursache des Mißratens der deutschen Vereinigung und des Mißlingens aller Versuche, den Ländern des bisherigen realen Sozialismus im Osten ernsthaft zu helfen, resultiert vorrangig aus unserer Unfähigkeit, uns über die reale Funktionsweise und die Funktionsbedingungen der westlichen Gesellschaften Rechenschaft abzulegen. Diese sind viel stärker durchinstitutionalisiert, viel mehr gesellschaftliche Lebensbereiche sind mit einem dichten Netz von Institutionen durchzogen, als dies von den gängigen - rechten wie linken - Bildern und Erklärungsmustern der eigenen Gesellschaft zugelassen wird. Die zentralen Formen und Mechanismen der Interessendurchsetzung laufen längst nicht mehr ausschließlich über den Markt, sondern in einem komplizierten Wechselspiel von organisierten Interessenvertretungen und gesetzlichen Regelungen, von rechtlichen Normen und von mächtigen Korporationen.

Für die Zukunft gwendet heißt das, daß die Lösung unserer Probleme - das sind nicht nur die Probleme, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben, son-

dem das sind die Probleme unserer eigenen dauerhaften Existenz im Westen - nicht mehr dem Wirken irgendwelcher blinder Naturgesetze, historischer Gesetzmäßigkeiten oder Marktmechanismen anheimgegeben werden kann, sondern zwingend ausgearbeitete, ausformulierte, vom Konsens getragene und mobilisierungsfähige gesellschaftliche Projekte erfordert. Aus der Computerwissenschaft ist das ironische Gesetz von Murphy geläufig, demzufolge in einem Computer alles schief geht, was schief gehen kann. Dieses Murphysche Gesetz gilt vielleicht auch für unsere gesellschaftlichen Lebensverhältnisse insgesamt. Mehr als je zuvor in der Geschichte werden die hochindustrialisierten Nationen in ihrem ureigenen Interesse, aber wegen ihres hohen Entwicklungsgrades eben zunehmend auch vorbildhaft, stellvertretend für andere Teile des Planeten, gezwungen sein, bewußt und systematisch in einem immer wieder politisch herzustellen Konsens dafür Sorge zu tragen, daß die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz, die permanent bedroht sind, gesichert sind und auf Dauer gesichert bleiben.

II.

Diese neue Konstellation stellt auch die Gewerkschaften vor eine außerordentliche Herausforderung. Es ist nicht zu bezweifeln, daß angesichts dieser neuen ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen Formation organisierte, durch hohe Zustimmung ihrer Mitglieder legitimierte Interessenvertretungsorganisationen vom Typ der Gewerkschaften notwendig sind. Gesellschaftliche Entwicklungen werden sich, mehr als dieses bereits in den letzten 30 Jahren der Fall war, in einem komplizierten Zusammenspiel, in einem Netzwerk von unterschiedlichen Impulsen, Interessen, Handlungsbedingungen und Handlungsvoraussetzungen herausbilden, in dem Institutionen vom Typ der Gewerkschaften nicht nur im Interesse der gesellschaftlichen Teilgruppen, die sie tragen, sondern im Interesse des gesellschaftlichen Funktionierens und des gesellschaftlichen Entwicklungspotentials insgesamt, wohl unverzichtbar sein werden.

Der Verfall der leninistisch-stalinistischen Systeme lehrt auf dramatische Weise, daß die historische Produktivität einer Gesellschaft entscheidend von ihrer Fähigkeit abhängt, interne Konflikte auszutragen und nicht zu unterdrücken. Diskussionen, Kontroversen und im Grenzfall Konflikte sind, wenn es erprobte Mechanismen zu ihrer Zählung gibt, wie in der Tarif politik erfolgreich entwickelt, entscheidende Voraussetzungen für gesellschaftliche Lernprozesse. Gesellschaften, in denen es keine konfliktfähigen und konfliktbereiten Gewerkschaften gäbe, wären eines Gutteils ihres Lernpotentials beraubt.

Die Frage lautet allerdings: Sind die Gewerkschaften in Zukunft noch konfliktfähig, sind sie in zwei oder drei Jahrzehnten noch in der Lage, eigenständige Positionen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen? Nicht anders als die Gesellschaft insgesamt sind auch die Gewerkschaften bisher in keiner Weise auf die neue Rolle vorbereitet, die sie in Zukunft im politischen System

und bei der Suche nach einem neuen, stabilen Entwicklungspfad hochindustrialisierter Gesellschaften spielen müssen.

Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen. Sie leben davon, daß es ihnen gelingt, ihre Forderungen und deren Durchsetzung mit unmittelbar erfahrbaren Interessen ihrer Mitglieder in Übereinstimmung zu bringen. Sie können also nur dann erfolgreich handeln, wenn es ihnen gelingt, die Mitgliederinteressen derart zu bündeln, daß sie mit den historischen Notwendigkeiten übereinstimmen. Wenn die Gewerkschaften keine Forderungen mehr formulieren und durchsetzen können, die von ihren Mitgliedern als unmittelbar existenzrelevant empfunden werden, sind sie zum Untergang verurteilt. Ein Blick in einige große alte Industrienationen, deren Gewerkschaften sich in einem offenkundigen Niedergang befinden, genügt, um zu erkennen, wie akut diese Gefahr ist.

Vor allem den deutschen, den skandinavischen und den österreichischen Gewerkschaften ist es in der Vergangenheit gelungen, das Ziel einer Verbesserung der individuellen Arbeitsbedingungen mit dem Prozeß des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts zu verknüpfen. Die Zeit, in der etwa die „große deutsche Lohnmaschine“ gleichzeitig der Wirtschaft genutzt und die Macht und Legitimität der Gewerkschaften immer wieder aufs neue reproduziert hat, gehört freilich mit dem unwiederbringlichen Ende der bisherigen Wachstums- und Prosperitätskonstellation definitiv der Vergangenheit an.

Die Gewerkschaften müssen deshalb ihre noch verbliebene Legitimität mit hohem Nachdruck darauf verwenden, sich eine neue, langfristig zukunfts-trächtige Strategie zu erschließen. Sie sind mehr als irgendeine andere gesellschaftliche Instanz darauf angewiesen, anstelle des gewissermaßen blinden historischen Projekts individueller Wohlstandsmehrung, das die Nachkriegszeit bestimmte, ein neues überzeugendes Gesellschaftsprojekt zu konzipieren und in der Öffentlichkeit zu verbreiten, das einerseits mit den realhistorischen Notwendigkeiten korrespondiert, und in dem sich andererseits die breite Masse ihrer Mitglieder in der einen oder anderen Form wiederfindet.

Ob dies den Gewerkschaften gelingt oder nicht, hängt meiner Meinung nach entscheidend davon ab, daß die Gewerkschaften rechtzeitig, das heißt: sehr bald, erkennen, was die bestimmenden Problemlagen der kommenden Jahrzehnte sein werden. Das läßt sich auf der Ebene von Sonntagsreden relativ leicht festmachen, Stichworte dazu sind der Frieden mit der Natur, das Nord-Süd-Verhältnis, die Lösung interner Spannungen und Konflikte und die Verantwortung des Westens für den Osten. Beginnt man aber, das alles auf eine konkrete Handlungsebene herunterzubrechen, so zeigt sich, wie weit es selbst noch bis zu einer einigermaßen klaren Diagnose der vor uns liegenden Aufgaben ist, von praxisrelevanten Konzepten und den Voraussetzungen ihrer Umsetzung ganz zu schweigen.

III.

Das läßt sich am Beispiel der Schlagworte *Ökologie* und *qualitatives Wachstum* beschreiben: Ernstgenommen besagen beide Schlagworte nichts anderes, als daß sich der vordringliche Bedarf, zu dessen Deckung die im Wirtschaftswachstum zusätzlich geschaffenen Ressourcen in erster Linie aufgewendet werden müssen, nicht mehr auf Güter und Dienstleistungen richtet, die aus dem individuellen Einkommen beschaffbar sind, sondern auf kollektive Güter.

Und genau hier liegt ein Überlebensproblem, dem sich die Gewerkschaften stellen müssen: Man kann nicht einerseits nach wie vor Handlungsmacht und Strategie der Gewerkschaften auf das Ziel individueller Einkommensverbesserungen gründen und andererseits verlangen, daß ein wachsender Teil der ökonomischen Ressourcen auf die Bereitstellung immer besserer und immer effizienterer öffentlicher Güter konzentriert wird. Damit geraten die Gewerkschaften in einen immer offeneren Widerspruch zwischen den Aufgaben, von denen sie wissen, daß sie langfristig notwendig sind, und den Mechanismen, mit denen sie bisher ihre eigene Existenz gesichert haben.

Zur Auflösung dieses Widerspruchs bedarf es nicht nur einer neuorientierten gewerkschaftlichen Programmatik, sondern auch grundlegender Veränderungen in der Struktur der Gewerkschaften selbst. Ich erinnere mich noch gut an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als im Zentrum gewerkschaftlicher Politik nicht die Lohnpolitik, sondern gesellschaftliche Strukturpolitik stand. In dieser Zeit lag das Machtzentrum der Gewerkschaften bei der DGB-Zentrale in Düsseldorf. Erst die Bedingungen der Nachkriegsprosperität, die die Lohnpolitik zum entscheidenden Mechanismus gewerkschaftlichen Handelns werden ließ, haben Macht und Ressourcen, Handlungskompetenz und Handlungspotentiale nach und nach vom Gewerkschaftsbund auf die Einzelgewerkschaften verlagert. Hierdurch werden jedoch die Gewerkschaften heute zunehmend in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt, denn Strukturpolitik in dem notwendig umfassenden Sinn läßt sich nicht auf Branchenebene betreiben. Sie ist in einem gewerkschaftlichen Apparat, der mit seinen materiellen und kognitiven Ressourcen streng an die Interessen bestimmter Wirtschaftszweige und deren Beschäftigten gebunden ist, nicht zu konzipieren, geschweige denn durchzusetzen.

Das Verhältnis zwischen Bund und Gewerkschaften muß für jeden, für den das Konzept ökologisch-qualitativen Wachstums mehr ist als ein schönes Wort in einer Festrede, von Grund auf zur Diskussion gestellt werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Die Machtverlagerung hin zu den Gewerkschaften vollzog sich in den fünfziger Jahren in einer Phase steigender Mitgliederzahlen und rapide wachsenden Beitragsaufkommens. Das in einer Situation, in der selbst unter günstigen Bedingungen allenfalls mit einem stagnierenden Beitragsaufkommen zu rechnen ist, umzukehren, ist unendlich viel schwieriger.

Diese jetzt vor den Gewerkschaften liegenden Aufgaben kommen mithin fast der Quadratur des Zirkels nahe, sie sind wohl nur im Laufe der Zeit zu lösen. Umso dringlicher ist es, zügig damit anzufangen. Ebenso wie die deutsche Industrie dank der geburtenstarken Jahrgänge für die nächsten zwei Jahrzehnte über eine Art „Wegzehrung“ in Form qualifizierter Facharbeiter, Meister und Techniker verfügt, was ihr die Zeit gibt, neue zukunftsorientierte Strategien der Personalwirtschaft und Rationalisierung zu entwickeln, können wohl auch die Gewerkschaften noch 20 Jahre von ihren vergangenen Erfolgen, der damit erworbenen Legitimität und ihrer heutigen organisatorischen Stärke leben. Wenn sie in dieser Zeit nicht den Anschluß an die sich herausbildende historische Konstellation gefunden haben, werden sie vielleicht noch als historische Relikte überleben, aber die Rolle, die sie einmal gespielt haben und die sie, nicht nur im Interesse der weniger durchsetzungsfähigen Bevölkerungsgruppen, unbedingt spielen müßten, werden sie nicht mehr spielen können.

IV.

Was bedeutet dies nun für die Fragen der deutschen Einheit? Zwei Konsequenzen scheinen sich aufzudrängen.

Einmal können die Aufgaben einer dauerhaften Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, des Aufbaus einer aus eigener Kraft prosperierenden Wirtschaft in den neuen Bundesländern und deren Ausstattung mit einer menschenwürdigen und ökologieverträglichen Infrastruktur nicht wirklich gelöst werden, wenn nicht zumindest ernsthafte Schritte auf dem Weg zur Überwindung der Strukturprobleme der westlichen Gesellschaft getan sein werden. Dies braucht jedoch Zeit - und sei es auch nur, um die unverzichtbaren wissenschaftlichen Vorleistungen zu erbringen: Das Funktionieren der Gesellschaft zu entschlüsseln, ihre Überlebensprobleme zu diagnostizieren und realistische Lösungsstrategien auszuarbeiten, die als potentielle Konsensgrundlagen in die politische Auseinandersetzung eingebracht werden können. Die letzte große Wachstumsperiode der europäischen Nachkriegszeit basierte auf wissenschaftlichen Voraussetzungen, die in ihren wesentlichen Teilen bereits vor dem Ersten Weltkrieg von den Fabians in England und den Katheder-Sozialisten in Deutschland vorausgedacht wurde. Und wir können nur hoffen, daß es diesmal etwas schneller geht.

Zum anderen heißt dies, daß wir uns zunächst mit sehr kurzgegriffenen Lösungen begnügen müssen. Es heißt auch, daß wir mit Geld ersetzen müssen, was nicht vorausgedacht wurde. Und es heißt, daß wir akzeptieren müssen, daß es in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mindestens eine Generation geben wird, die heute über 45- oder 50jährigen, die zugleich Opfer der Wiedervereinigung und des Zusammenbruchs des realen Sozialismus sein werden. Und daran wird auch alle Solidarität, bedauerlicherweise, kaum etwas ändern können.